

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistratsdirektion - Pressestelle,
Wien, 1., Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 11,
Fernsprecher: B 40-500, Klappe 623, 042
und 041.

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer.

18. August 1945

Blatt 263

Zeit ist Geld!

Auch beim Strom. Jeder weiß, daß Strom Geld und Kohle oder Wasserkraft kostet. Wäre es nicht naheliegend, mit so wichtigen Dingen vernünftig hauszuhalten? Es geht dabei so leicht, wenn wir wollen und die Kochzeiten einhalten.

50 Feuerwehrautos zurückgekehrt.

In den frühen Abendstunden des Freitags sind 50 Gerätewagen der Wiener Berufsfeuerwehr in Wien angekommen. Die Ankunft der Fahrzeuge in Wien ist der Schlußakt eines großen Werkes der Selbsthilfe der Wiener Feuerwehrmannschaft.

Bekanntlich haben die Nazi in den letzten Kriegstagen die gesamte Wiener Berufsfeuerwehr nach dem Westen abkommandiert, die Wiener Feuerwehrmänner mußten die Stadt, deren Schutz sie ihr Leben gewidmet haben, in den kritischsten Tagen verlassen, um sie auf Befehl der Naziverbrecher dem Untergang preiszugeben, dem Wüten der Kriegsfurie auszuliefern.

Unter Führung des Kommandanten der Wiener Feuerwehr, Josef Holaubek, der vor einigen Tagen zu diesem Zwecke nach Oberösterreich gefahren ist, sind die 50 Fahrzeuge mit ihren Mannschaften gestern nach Wien zurückgekommen. Sie in Oberösterreich ausfindig zu machen und schließlich in Linz zu sammeln, war das Werk eines ehemaligen Offiziers der Wiener Berufsfeuerwehr, des Herrn Ing. Krajanek, der aus politischen Gründen von den Nazi im Jahre 1942 pensioniert worden ist.

Die Fahrzeuge befanden sich, als ihr Standort festgestellt werden konnte, in einem vollkommen unbrauchbaren Zustande. Viele waren umgestürzt, der Räder oder der Pneumatiks und anderer Bestandteile beraubt. In wochenlanger harter und mühevoller Arbeit haben die Feuerwehrmänner ihre Fahrzeuge wieder betriebsfähig ge-

macht. Die meisten mußten von Grund auf repariert, die übrige Ausrüstung mußte geborgen und instandgesetzt und erst nach dieser mühseligen Arbeit konnte an die Heimreise gedacht werden. Das Gelingen dieses Werkes dankt Wien der kraftvollen Unterstützung der oberösterreichischen Landesregierung und der Linzer Stadtverwaltung. Die Gemeinde Linz hat eine Garage beigestellt, in der die Reparaturen ausgeführt und die Wagen untergebracht wurden. Die Fahrzeuge sind mit Ausrüstungsgegenständen und sonstigem Material voll bepackt in Wien eingelangt. Viel Ausrüstungsmaterial der Wiener Feuerwehr ist aber in Linz noch zurückgeblieben und wird ein anderes Mal eingeholt werden.

Die Aufbringung und Rückführung der Geräte und ihrer Mannschaften wurde auch von der amerikanischen Militärregierung in Linz tatkräftigst gefördert. Für die Heimführung haben sich der amerikanische Kapitän Kinley und Herr Dr. Hower von der amerikanischen Militärregierung in Wien besonders tatkräftig eingesetzt.

Die Autokolonne kam über die Wientalstraße - Mariahilfer Straße in die Stadt und fuhr auf dem Rathausplatze auf. Feuerwehrkommandant Holaubek übergab die Fahrzeuge und die Bemannung dem Bürgermeister, der die zurückgekehrten Feuerwehrmänner herzlichst begrüßte.

Bürgermeister Körner führte in seiner Ansprache unter anderem aus:

"Ihr findet einen neuen, aber alten Bürgermeister, der die meisten von euch schon von früher her kennt. Ihr findet eine Stadt, die schwer hergenommen ist. Wir haben die Erinnerung an das Rote Wien, wir wollen dort fortsetzen, wo wir 1934 stecken geblieben sind. Ihr wart immer eine Garde in dieser Stadt, durch musterhafte Organisation und Disziplin habt ihr immer Eindruck auf die Welt gemacht."

Der Bürgermeister dankte den Feuerwehrmannschaften für ihre patriotische Leistung und allen anderen, die an der Bergung, Wiederinstandsetzung und Heimführung der Fahrzeuge mitgewirkt haben.

Auch die Wiener Bevölkerung wird die Nachricht von der Rückkehr eines so großen Teiles der Wiener Berufsfeuerwehr mit großer Freude und Genugtuung aufnehmen. Die Wiener Feuerwehr erfreute sich immer einer besonderen Popularität bei den Wienern. Mit der Beseitigung der Nazi Herrschaft ist die Wiener Berufs-

Feuerwehr wieder zu einem Organ der Stadtverwaltung geworden, in deren Rahmen sie sich zu dem entwickelt hat, was die Bevölkerung an ihr achtet und schätzt, zu einer schlagfertigen, hilfsbereiten, technisch vorzüglich ausgerüsteten und jederzeit einsatzbereiten, Wehr der Stadt bei Unglück und Not.

Salatpflänzchenausgabe an Grabeländler.

Die Mag.Abt.III/4 - Siedlungs- und Kleingartenwesen gibt kostenlos am Dienstag, den 21. August 1. J. in der Zeit von 9 - 15 Uhr im städtischen Reservegarten, II., Vorgartenstraße 160, Salatpflänzchen nur an jene Grabeländler ab, welche einen gültigen Grabelandausweis (Ausweiskarte 1945, Grabelandleihvertrag 1944 oder 1945, grüne Verlängerungskarte 1944, alle von der Abt.III/4 (früher H 4) - Siedlungs- und Kleingartenwesen, oder die dreiteilige grüne Mitgliedskarte des ehemaligen Grabelandvereines) zur Abstempelung vorweisen.

Packmaterial und ein Lappen sind mitzubringen. Ein Rechtsanspruch auf den Bezug der Pflänzchen besteht nicht.

Entfall des Parteienverkehrs in der Mag.Abt.III/4,
Siedlungs- und Kleingartenwesen, I., Rathausstraße 2.

Infolge der Gemüsepflänzchenausgabe für Grabeländler entfällt am Dienstag, den 21. August 1945 jeglicher Parteienverkehr in der Mag.Abt.III/4.

Die Auszahlung der Augustpensionen.

Die Auszahlung der Augustpensionen an die Pensionisten der Stadt Wien erfolgt in gleicher Weise und bei den gleichen Auszahlungsstellen wie im Monat Juli. Soweit durch die Postsparkasse ausbezahlt wird, erfolgt die Auszahlung nach dem 20. August. Die Auszahlung bei den Kassen der städtischen Unternehmungen und den Streckenkassen der städtischen Straßenbahnen erfolgt je nach dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens an folgenden Tagen:

A - E am 23.8., F - H am 24.8., I - L am 27.8., M - QU am 28.8., R - S am 29.8. und T - Z am 30.8.

Der Höchstsatz von 150 RM monatlich netto gilt auch für die Augustpensionen. An "Illegale" erfolgt keine Auszahlung.

Rasierseife mitbringen!

Die Wiener Friseurinnung teilt mit:

Aus technischen Gründen ist es diesmal nicht möglich gewesen, die Friseurgeschäfte mit entsprechendem Quantum Rasierseife zu versorgen. Deshalb ergeht an das männliche Publikum die Bitte, bei Besuch der Friseurgeschäfte ihre eigene Rasierseife, die jeder in der letzten Kartenperiode bekommen hat, mitzubringen.

Die Aufnahme ins Altersheim.

Die Anstaltenverwaltung der Gemeinde Wien ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung:

Gesuche um Aufnahme von pflegebedürftigen Personen in ein städtisches Altersheim können nur beim zuständigen Wohlfahrtsamt des Wohnbezirkes eingebracht werden. Die Bewilligung der Aufnahme erfolgt durch die Aufnahmestelle der Mag. Abt. X/1, Wien I., Werderergasse 6. Erst auf Grund einer Bewilligung von dieser Stelle kann der Pflegebedürftige in einem städtischen Altersheim Aufnahme finden.

Die Leitungen der städtischen Altersheime sind angewiesen, jeden Aufnahmewerber, der auf einem anderen Wege in die städtische Pflege kommen will, ausnahmslos abzuweisen.

Kartoffelabgabe.

Frühkartoffeln dürfen nur auf die Abschnitte des Bezugsausweises für Gemüse und Obst abgegeben und bezogen werden. Nach Maßgabe der Anlieferungen erhalten die Verbraucher bei jenem Kleinverteiler, bei dem sie mit Gemüse rayoniert sind, je Kopf ein halbes Kilogramm Frühkartoffeln auf den Abschnitt 71 bzw. 171 der neuen Gemüsausweise N und B. Die Kleinverteiler haben die aufgerufenen Abschnitte bei der Warenabgabe abzutrennen und für die Abrechnung bereitzuhalten.

Entfallende Sprechstunde.

Die nächste Sprechstunde des städtischen Finanzreferenten Stadtrat Honay am Dienstag, den 21. August, entfällt.

ganzen Plan abführen wird.

Zur Teilnahme an dieser Sitzung sind die Herren Staatssekretäre der interessierten Staatsämter mit ihren Beamten, ferner die Mitglieder des Stadtsenates, die Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter und die Direktionen der in Betracht kommenden städtischen Unternehmungen geladen. Besonders wichtig wird die Teilnahme der Vertreter der wirtschaftlichen Körperschaften sein. Es sind Vertreter der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Bauinnung, des Zentralverbandes der Spediteure und der Innung der Fuhrwerker geladen.

Über das Ergebnis dieser Beratungen werden wir berichten.

Demokratisierung der Krankenfürsorge- anstalt.

Für die nicht der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterliegenden Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen besteht eine eigene Krankenfürsorgeanstalt. Sie zählt derzeit rund 21.000 Aktive und rund 14.000 Pensionsparteien als Mitglieder und befürsorgt einschließlich der Familienangehörigen der Mitglieder nahezu 70.000 Personen. Die Anstalt wurde im Jahre 1922 errichtet und ihre Verwaltung damals nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut. Alle wichtigen Angelegenheiten sind vom Vorstand zu erledigen, einer Körperschaft, deren Mitglieder je zur Hälfte aus Vertretern der Anspruchsberechtigten und der Stadt Wien als Dienstgeber besteht. Auch in der Überwachungskommission, der die Überprüfung und Überwachung der gesamten Geschäftsgebarung der Anstalt obliegt, und im Schiedsgericht der Anstalt sind die Anspruchsberechtigten und die Stadt Wien als Dienstgeber gleich stark vertreten. Die Nazi haben diese Verwaltungseinrichtungen wohl alle beibehalten, die Bestellung ihrer Mitglieder jedoch nach dem Führergrundsatz geregelt. Während früher die Vertreter der Anspruchsberechtigten durch die Gewerkschaft, die der Stadt Wien durch den Gemeinderat entsendet wurden, erfolgte während der Nazi Herrschaft ihre Berufung ausschließlich durch den Bürgermeister.

In der letzten Stadtsenatssitzung wurde durch eine Änderung der Anstaltssatzungen die Berufung der Mitglieder des Vorstandes und des Schiedsgerichtes wieder in demokratischer Form geregelt.

Die Gemeinschaftsarbeit der Wiener im September.

Der Vorschlag des Bürgermeisters, für den Monat September eine Gemeinschaftsarbeit aller Wiener zu organisieren, die in erster Linie das Ziel hat, den Kehricht aus den Straßen hinauszubringen und den Schutt von den Straßen Wiens für eine spätere Verwendung auf nahe gelegene Lagerplätze zu schaffen und bei dieser Gelegenheit zu sortieren, hat sowohl an den beteiligten amtlichen Stellen als auch in der Wiener Bevölkerung großes Interesse hervorgerufen.

Staatskanzler Dr. Renner hat den Plan des Bürgermeisters der Regierung unterbreitet. Die Staatsregierung hat im letzten Kabinettsrat den Beschluß gefaßt, die Gemeinde Wien zur Inangriffnahme der Vorarbeiten dieser Gemeinschaftsarbeit zu ermächtigen. Die beteiligten Staatsämter für soziale Verwaltung, für Inneres, für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr sowie für öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau haben ihr volles Interesse an dem Plan gezeigt und ihre Mitarbeit und Mithilfe zugesichert.

Die politischen Parteien Wiens haben durch ihre obersten Vertreter in der Gemeindeverwaltung ihre Bereitwilligkeit bekanntgegeben, den Plan dadurch zu unterstützen, daß sie ihre Organisationen anweisen, ihn tragen zu helfen.

Schon haben, obgleich das Gesetz über die Arbeitsdienstverpflichtung der Wiener im September erst nächste Woche nach Feststellung der praktischen Bedürfnisse beschlossen werden kann, die Vorarbeiten für die Ausführung des Planes begonnen.

Es haben schon unter Vorsitz des Bürgermeisters Beratungen der Bezirksvorsteher stattgefunden, ebenso schon gewisse Beratungen von Fachmännern. Der Plan hat durch die bisherigen Beratungen schon mehrfache Veränderungen erfahren. Es sollen ja die nächsten 14 Tage der Beratung durch die beteiligten Körperschaften und durch die Fachleute und dann der Organisierung der Gemeinschaftsarbeit gewidmet sein.

Als zusammenfassender Auftakt für die ganze Arbeit wird am Montag um 3 Uhr nachmittags im Sitzungssaal des Gemeinderates eine beratende Körperschaft zusammentreten, die Bürgermeister Körner einberufen hat und die eine Art Generaldebatte über den

Die Vertreter der Anspruchsberechtigten werden nunmehr von der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten, die Vertreter der Stadt Wien als Dienstgeber vom Stadtsenat bestellt. In der gleichen Sitzung wurden als Vertreter der Stadt Wien Angehörige aller drei demokratischen Parteien in den Vorstand der Anstalt entsendet.

Die Überwachungskommission bediente sich bei ihrer Überprüfung in immer stärkerem Maße der Mithilfe des Kontrollamtes der Stadt Wien, sodaß sich die Tätigkeit dieser Kommission immer mehr auf eine formale Beschlußfassung über die Feststellungen des Kontrollamtes beschränkte. Es wurde daher in der gleichen Stadtsenatssitzung zur Vereinfachung der Geschäftsgebarung die Aufhebung der Überwachungskommission beschlossen und ihre Obliegenheiten zur Gänze dem Kontrollamt zugewiesen.